

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 22

Artikel: Vorerst ist es Konkursverwaltung : Bolivien unter seinem neuen "Rechtsregime"
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bolivien unter seinem neuen «Rechtsregime»

Vorerst ist es Konkursverwaltung

Von Alphonse Max

Seit gut zwei Monaten herrscht in Bolivien ein Oberst mit angeblichem Rechtsdrill in Ablösung eines Generals mit Linksappeal. Der klassische Refrain im alten Lied des putschreichsten Staates Lateinamerikas? Nein. Das gestürzte Regime von Torres mitsamt der Parallelscheinung eines nicht vom Volk ernannten «Sowjets», dessen Kompetenzen unklar blieben (siehe ZB, Nr. 14/1971), war nicht nur von den damaligen Machthabern, sondern auch von ihrer Mitwelt als etwas grundlegend Neues verstanden worden. Was sich seit dem Umsturz gefast hat, genügt nicht zur politischen Fixierung der jetzigen Machthaber, wohl aber zur Bestandaufnahme der Hinterlassenschaft. Sie ist hinter dem Rauchvorhang der ideologischen Phraseologie als Konkursmasse sichtbar geworden.

In Europa hatte man den bolivianischen Umsturz von Ende August, der die Entmachtung des General-Präsidenten Torres und den Machtantritt von Oberst Banzer brachte, etwas zu rasch «verstanden» und eingeteilt. «Rechtsputsch der US-hörigen Reaktion» lautete die allgemeine Interpretationsschablone. Abgesehen davon, dass den neuen Männern die Charakterisierung als extreme Rechte faktisch nicht zusteht, hat man mit den vereinfachenden Etikettierungen vor allem übersehen, dass das Regime Torres Bolivien in kürzester Zeit in eine Bankrottsituation geführt hatte, die selbst für dieses leid- und putschgewohnte Land präzedenzlos war. Torres hatte das internationale Sichtbarwerden dieses Tatbestandes dadurch vermeiden können, dass er mit seinem linken und revolutionären Image öffentlichen Meinungskredit besass und jede Kritik als rechtsinspiert abtun konnte. In Bolivien selbst ist aber inzwischen zutage getreten, welchen Raubbau an der nationalen Substanz das betont nationalistische Regiment des Generals getrieben oder zugelassen hatte. Ob das neue Regime Banzer geeignet ist, den Schaden wiedergutzumachen, das ist eine offene Frage. Dass der Schaden aber unter der Präsidentschaft seines gestürzten Vorgängers entstanden ist, das ist keine Frage.

Das prekäre politische Gleichgewicht . . .

In der Tat war es den «strukturändernden» Parallelobrigkeiten der Regierung unter Torres und der «Volksversammlung» unter der Regie des Gewerkschaftsführers Juan Lechin gelungen, das Land in ein phantastisches wirtschaftliches und politisches Chaos zu stürzen. Wer die Geschichte Boliviens kennt, mit seinen vielen Dutzenden von Putschen und seinem ständigen Balancieren am Rande des Bankrotts, hätte sich kaum vorstellen können, dass es dem Land noch schlechter gehen könnte als in den letzten 25 Jahren. Es erwies sich aber zur Zeit von Torres als möglich.

Der Initiator des letzten Putsches (im Selbstverständnis der neuen Machthaber übrigens eine «Revolution»); die Bezeichnung besteht nicht mehr zu Unrecht als anderswo, Oberst Hugo Banzer, muss unwahrscheinliche Gleichgewichtsübungen bestehen, wenn er durchkommen soll. Auf politischem Gebiet muss er zwei Parteien vereinen, die bisher immer Gegner waren (und übrigens in ihren Bezeichnungen beide ein ausgesprochenes Linksappeal aufweisen); einerseits das MNR (Movimiento Nacio-

nalista Revolucionario) und andererseits die FSB (Falange Socialista Boliviana). Mit diesen Parteien muss er eine Regierung aufbauen, die gleichzeitig Unterstützung beim antikommunistischen Teil des Offizierskorps findet, was wiederum die Gefühle der politischen Führer nicht verletzen darf.

. . . und der wirtschaftliche Schuldenberg

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Aufgabe vielleicht noch gewaltiger.

Der von dem verjagten Präsidenten Torres hinterlassene Schuldenberg ist enorm; sämtliche Staatsbetriebe sind der totalen Verlotterung anheimgefallen; der Staatsbetrieb der Transmaritima Boliviana erzielte in nur zwei Jahren eine Verschuldung, die sein Kapital um das Achteinhalbfache übersteigt; die bolivianische Fluggesellschaft LAB wies Ende 1970 nicht nur eine komplette Entkapitalisierung, sondern darüber hinaus Schulden von mehreren Millionen Dollar auf.

Vorläufig setzte Bolivien einen von den USA mit 18,5 Millionen Dollar finanzierten «Notplan» in Gang, um eine «Plattform zur raschen Entwicklung» zu errichten. Nach dieser Etappe, die hauptsächlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, beabsichtigt die Regierung die Vorantreibung weiterer «Entwicklungsbasen», die eine Investition von über 100 Millionen Dollar erfordern. Banzer will beweisen, dass eine «beschleunigte wirtschaftlich-soziale Entwicklung ohne den Sozialismus möglich ist».

Die Säuberungen

Ferner hat der neue bolivianische Präsident eine gründliche Säuberungsaktion begonnen . . . Im Schlafzimmer des vormaligen Innenministers Jorge Gallardo Lozada fand sein Nachfolger Andrés Selich, ausser Bomben und Mao-Bildern, 30 Kilogramm Kokain, wohlverwahrt in einem Stahlbehälter. Selich forderte die bolivianische Bevölkerung auf, «sich an der Ausmerzung der letzten Reste des Castro-Kommunismus zu beteiligen».

Seit dem Sturz von Torres wurden Polizei und Heer besonders in den östlichen Urwaldzonen mobilisiert, um die Guerillaorganisationen ELN (Nationales Befreiungsheer) zu zerstören. Nach Angaben der Regierung wurden bis jetzt 24 Aufständische im Gefecht getötet, die Hälfte davon Ausländer: Kubaner, Chilenen, Ko-

lumbianer Brasilianer, ein Tscheche. In den Städten wurden rund 100 Personen verhaftet und Wohnungen nach Waffenlagern durchsucht.

Für die neuen Männer am verzweifeltsten aber präsentiert sich offenbar die Lage auf dem Bildungssektor. Hier wussten sie sich nicht anders zu helfen als mit «tabula rasa».

Hilflosigkeit gegenüber den Universitäten

Sämtliche bolivianischen Universitäten sind bis zum 28. Februar 1972 geschlossen. Zweifellos waren sie nicht nur kommunistische Hochburgen (das neue Regime wird früher oder später nicht umhin können, der Tatsache ins Auge zu blicken, dass sich ein Grossteil der Studenten kommunistischen Anschauungen verpflichtet fühlt), sondern auch die eigentlichen Rekrutierungszentren des ELN und ganz direkte Freistätten für Terroristen. Man hat jetzt alle Rektoren und Dozenten samt dem ganzen Verwaltungsapparat im Amte suspendiert und will jetzt abklären, inwieweit sie mit den Untergrundorganisationen in Verbindung stehen. Der gesamte Unterrichtsbetrieb soll reorganisiert werden, bevor man ihn wieder aufnimmt.

Das «bündige» Vorgehen des neuen Regimes gegen die Universität enthält zweifellos massive Elemente politischer Verfolgung. Indessen darf dabei nicht übersehen werden, dass sie sich zu einem behördlicher Weise gar nicht leicht abzuklärenden Teil gegen Leute richtet, welche zuvor die politische Verfolgung selbst gehandhabt hatten, mit allen Mitteln der Einschüchterung, des psychischen und sogar physischen Terrors.

Der Schutz der Andersdenkenden und seine Dialektik

Man hatte zum Beispiel auch nichtkommunistische Studenten unter Drohungen zum Eintritt in das ELN gezwungen, und man hatte jede Meinungsäußerung, die der faktisch obligatorischen Linkspropaganda widersprach, mit gezielten Aktionen gegen die Andersdenkenden unterbunden. Insofern besteht eine glaubhafte Voraussetzung zur Ankündigung der Behörden, auf den Universitäten für Garantien zur persönlichen Sicherheit aller Studenten sorgen zu wollen.

Freilich bleibt dann im gegebenen Zeitpunkt die Frage gestellt, wie es insbesondere um alle jene Studenten bestellt sein wird, die ihre kommunistischen Anschauungen mit den legitimen Mitteln der Meinungsbildung verbreiten. Hier wird die Sache schon von den objektiven Voraussetzungen her sehr heikel sein. Es ist nämlich nicht zu übersehen, dass viele Anhänger links-extremer Ideologien den Hang haben, Handgranaten und dergleichen in die legitimen Mittel der Meinungsbildung einzubeziehen. Andererseits ist nicht einzusehen, wie ein Lehrbetrieb wieder im vollen Umfang aufgenommen werden könnte, der nur nichtkommunistische Studenten und Dozenten umfassen würde. Entweder hätte man hier beträchtliche Lücken oder aber — was wahrscheinlicher ist — ein beträchtliches Ausmass an Lippenbekenntnis, mit dem niemandem geholfen wäre. Es scheint ein lateinamerikanisches Dilemma zu sein, dass man an den Universitäten praktisch nur die Auswahl hat, welche Andersdenkenden man der Unterdrückung überlassen soll. ■